

SHORT NEWS

ÖPNV schreitet nur langsam voran

Anlässlich seiner „question avec débat“ handelte sich der LSAP Abgeordnete Roger Negri Lob beim Minister für Infrastrukturen, Claude Wiseler (CSV), ein. Er wollte in Erfahrung bringen, wie weit die Modernisierungs- respektive Neubauprojekte der Eisenbahn zwischen Luxemburg und Bettemburg beziehungsweise Péttingen vorangeschritten sind, und wann mit deren Fertigstellung zu rechnen sei. Dass er sich im Vorfeld der Chambersitzung persönlich an die verschiedenen Baustellen begab, um sich dort ein genaues Bild zu machen, imponierte dem Minister, der selber wohl nicht über genug Zeit verfügt, alle seine Laufenden „chantiers“ zu besuchen. Zumindest was die Kosten anbelangt, glaubt Wiseler im Rahmen der Vorgaben bleiben zu können. Doch hinsichtlich der Fertigstellung sind seine Angaben dann doch etwas unpräziser. Ende 2012, Anfang 2013 sollen die Gleisarbeiten in Richtung Péttingen abgeschlossen sein, doch bedürfe es noch einiger Zusatzarbeiten um eine volle Ausnutzung ins Auge zu fassen - das wäre nicht vor 2014 der Fall. Und hinsichtlich der zusätzlichen Neubaustrecke nach Bettemburg sei jetzt zwar die definitive Trasse festgehalten worden, doch dürfte noch einige Zeit verstreichen, bis die dafür notwendigen Flächen aufgekauft werden können.

Wir sind alle Verbrecher!

Weder Medien, noch NGOs, noch die Abgeordneten interessierten sich wirklich für die am Dienstag im Chamber-Plenum vorliegende Neufassung der Umsetzung des europäischen Haftbefehls. Dabei stellt dieses 2002 geschaffene Instrument eine äußerst potente Waffe zur grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung dar - und eine höchst umstrittene. Der bisher bekannteste Fall ist der Auslieferungsantrag Schwedens gegen Julian Assange. Problematisch ist einerseits, dass die Auslieferungen sehr schnell erfolgen können, andererseits, dass man aufgrund bestimmter Anschuldigungen ausgeliefert werden kann, auch wenn diese im eigenen Land nicht im gleichen Maße strafbar sind. So gibt es zum Beispiel erhebliche Unterschiede zwischen den Gesetzgebungen in Sachen Terrorismus und Rassismus. Die NGO Fair Trials International fordert eine Reform des Haftbefehls und führt Beispiele für gravierende Missbräuche an: unfaire Verfahren in Italien, Frankreich, Portugal und Spanien, polizeiliche Misshandlungen in Griechenland, ein irrtümlicher Antrag aus Ungarn ... Die der Chamber vorliegenden Veränderungen gehen aber eher in Richtung Verschärfung - und wurden durchgewunken.

woxx@home

Armageddon en été

Et voilà, les grandes vacances sont là! Du moins pour les élèves et leurs profs. Et comme au Luxembourg tout le monde est soit élève, soit prof, le pays sera peuplé pendant deux long mois uniquement de touristes (profs japonais, profs français, profs allemands, profs américains, etc...). Faute d'orientation professionnelle sérieuse, les journalistes ne sont pas profs - contrairement à leurs concitoyens sensés et responsables. Résultat, ils ne sont pas en vacances, mais doivent écrire quand même. Sur quoi? Là est la question. La plupart du temps, ils demandent à des profs en vacances d'écrire sur les pays qu'ils visitent, comme la Grèce, l'Espagne, le Portugal ou l'Italie. Mais comme ces pays feront banqueroute dans quelques semaines, les profs devront retourner au Luxembourg et donneront des conférences de presse pour passer le temps et aussi - quand même - pour commenter la crise financière, le déclenchement de la troisième guerre mondiale, la fin du monde et la nouvelle attraction de la Schueberfouer. D'un point de vue journalistique, l'été sera pour une fois passionnant.

AKTUELL

BEHINTERTENRECHTE

Ein Paradigmenwechsel?

Christiane Walerich

Die Uno-Konvention über die Rechte der Menschen mit Beeinträchtigungen wurde mit großer Mehrheit ratifiziert. Sie ist jedoch nur die symbolische Willensbekundung für einen Paradigmenwechsel. Wichtig ist nun, was in der Praxis passiert.

„Behinderte sind heute mit lachenden Gesichtern aus der Abgeordnetenversammlung gekommen“, heißt es in einer freudigen Pressemitteilung der Asbl „Nëmme Mat Eis!“, einer Selbstvertretungsorganisation von Menschen mit Behinderung. Der Grund: In dieser Woche haben die Luxemburger Abgeordneten endlich die am 13. September 2006 in New York angenommene Uno-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen mit großer Mehrheit ratifiziert. Auf Initiative von „Nëmme Mat Eis!“ und der Gehörlosenorganisation „Daaflox“ wurden die Debatten in der Chamber erstmals von einer Gebärdensprachen-Dolmetscherin übersetzt. Bisher können Menschen mit einer Hörschädigung nur sehr begrenzt an Konferenzen oder politischen Debatten teilnehmen, da es keine Anerkennung der Gebärdensprache und daher auch keinen rechtlich einforderebaren Einsatz von Gebärdendolmetschern in Luxemburg gibt. Mehr Rechte - auf Bildung, Arbeit, Familienleben, Wohnen und Freizeit - das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben also, soll nun die Behindertenrechtskonvention garantieren.

„Es ist nur der Anfang eines Paradigmenwechsels“, so die Vereinigung „Nëmme Mat Eis!“. Ebenso wiesen auch fast alle Abgeordnete in der Chamber darauf hin, dass Papier geduldig ist und es mit der Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention nicht sein Bewenden haben kann - nun muss die konkrete Anwendung und Umsetzung in Angriff genommen werden. Der Appell ist keineswegs unmotiviert: seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sind zehn Jahre vergangen, aber immer noch sind die meisten von ihnen für Behinderte unzugänglich. Zudem wird nach wie vor zu wenig Wohnraum für Menschen mit Behinderungen geplant und gebaut, so dass der bestehende Wohnraum oft von den Be-

troffenen mit großem Kostenaufwand umgebaut werden muss. Auch Sicherheitsvorkehrungen in Gebäuden sind nicht behindertengerecht ausgelegt. „Ich möchte mir nicht ausmalen, was passiert, wenn es in einem Gebäude brennt und die Fahrstühle nicht funktionieren“, warnt die LSAP-Abgeordnete Claudia Dall'Agnol. Und auch im öffentlichen Transport gibt es Nachholbedarf, da Menschen mit eingeschränkter Mobilität mangels barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs oft auf spezialisierte Transporte angewiesen sind. „Eigentlich sollten bei der Landesplanung prinzipiell Bestimmungen für Menschen mit Beeinträchtigungen berücksichtigt werden“, fordert André Hoffmann von Déi Lénk. Weiter hapert es nach wie vor an einem inklusiven Schulsystem. Allzu häufig werden Kinder mit Behinderungen aus der Regelschule herausgenommen und in die „Education Différenciée“ (Ediff) gesetzt, weil Personal und Mittel fehlen, um eine adäquate Betreuung zu gewährleisten. Eine Sonderschule aber zeichnet die Laufbahn ihrer Schützlinge mehr oder weniger vor und verbaut oft ihre Chancen. „Es wurde versäumt, die Ediff zu reformieren“, kritisiert der DP-Abgeordnete Eugène Berger.

Insgesamt sei es wichtig, bestehende Dienststellen, Interessenvereinigungen von Behinderten etc. mehr zu vernetzen und ihre Angebote besser sichtbar zu machen. Entsprechend dem Prinzip „Nichts über uns ohne uns“ sollten alle Konzepte und Maßnahmen, die Behinderte betreffen, nicht ohne deren Mitwirkung entschieden werden - darauf legte die Grünen-Abgeordnete Josée Lorsché besonderen Nachdruck.

Zu einem Eklat führte die Intervention der ADR, die - auch im Sinne der anlaufenden Wahlpropaganda - die heiklen Themen der Euthanasie und Abtreibung im Kontext der Behindertenrechte ins Spiel brachte.